

Stehen wir an der Schwelle eines neuen Weltkriegs?

Die militärische Aggression Russlands unter Putin
gegen die Ukraine und ihre möglichen Folgen.

Vortrag und Diskussion
zum Antikriegstag

mit

Andreas Zumach

7. September um 19.30 Uhr
Scheffelsaal, Saalbau Neustadt



Die aktuellen Corona-Regeln sind zu beachten



Friedensinitiative



V.i.S.d.P.: Hans-Jürgen Hemmerling • Maxburgstr. 52 • 67434 Neustadt

Alle Zeichen stehen auf Krieg. Äußerungen von Politikern aus Ost und West lassen die Hoffnungen auf Frieden in der Ukraine auf der Basis ernsthafter Verhandlungen schwinden.

Das Morden nimmt kein Ende.

Immer schneller dreht sich die Eskalationsspirale. Immer mehr und neue Waffen gehen in die Ukraine. Immer mehr und neue Sanktionen der Nato-Staaten gegen Russland werden erlassen.

Was sich zunächst als ein reiner Verteidigungskampf der Ukrainer*innen gegen die äußere Aggression darstellte, nimmt immer mehr den Charakter eines Stellvertreterkrieges an, in dem die Interessen Russlands gegen die der USA und ihrer Verbündeten stehen. Allein die USA haben für die Ukraine 40 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt.

Hauptleidtragende sind die Menschen in der Ukraine, die Soldaten*innen beider Seiten und die unzähligen Flüchtlinge. Doch auch wir im westlichen Europa sind betroffen wegen steigender Ausgaben für das Militär und einer rasanten Inflation infolge des Krieges. Die Reduktion russischer Erdgaslieferungen bringt die Existenz hunderttausender Arbeitsplätze in Gefahr, insbesondere in der chemischen Industrie.

Als Panikmache wurde von vielen Medien die Furcht vor Putins Drohungen mit Atomwaffen abgestempelt. Doch im Juni dieses Jahres teilte das renommierte schwedische Friedensinstitut Sipri mit, dass das Risiko des Einsatzes von Atomwaffen heute höher sei als zu jedem Zeitpunkt seit dem Höhepunkt des kalten Krieges.

**Gibt es einen Ausweg aus dem derzeitigen Dilemma?
Was können wir tun, dass Frieden wird?**

Darüber möchten wir mit dem bekannten Journalisten und ehemaligen Korrespondenten der TAZ und anderer Medien bei der UNO in Genf diskutieren.